



NR⁰³
September 2016

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: Amil Zaugg

EIN ENKELTAUGLICHES «JA» ZUR «GRÜNEN WIRTSCHAFT»

..... An ihrer ersten ausserordentlichen Delegiertenversammlung 2016 in Wil SG hat die EVP Schweiz die Ja-
..... Parole zur Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» beschlossen. Parteipräsidentin Marianne Streiff rief zudem
..... dazu auf, die Volksinitiative für mehr Transparenz in der politischen Finanzierung zu unterstützen.

Da mit der Ablehnung des revidierten Umweltschutzgesetzes im Nationalrat der praxistaugliche Gegenvorschlag des Bundesrats zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» nicht mehr vorliege, plädierte EVP-Nationalrätin Maja Ingold dafür, die Initiative zu unterstützen. «Sie packt die Umwelt-, Gerechtigkeits- und Wirtschaftsprobleme an der Wurzel», begründete Ingold ihre Empfehlung. Ziel der Initiative: Den ökologischen Fussabdruck der Schweiz auf eine Erde statt bisher 2,8 zu reduzieren.

Auch wenn die Ziele der Initiative wahrscheinlich zu hoch gesteckt seien, verfolge die Initiative «Grüne Wirtschaft» eines der Kernanliegen der EVP: Die Bewahrung der Schöpfung und einen enkeltauglichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Mit 67 Ja- zu 10 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung sprachen sich die Delegierten schliesslich für ein Ja zur «Grünen Wirtschaft» aus.

Parteipräsidentin und Nationalrätin Marianne Streiff hatte zuvor in ihrer Begrüssung dazu aufgerufen, die Volksinitiative für mehr Transparenz in der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen («Transparenz-Initiative») zu unterstützen, nachdem die Mehrheiten im Nationalrat alle parlamentarischen Initiativen in dieser Richtung abgelehnt hätten: «Auf parlamentarischer Ebene ist hier nichts zu erreichen. Deshalb ist es an der Zeit, dass sich das Volk dazu äussert.»

Gleichzeitig betonte sie die Bedeutung des Dialogs und der individuellen Auseinandersetzung mit den politischen Themen, der eigenen Meinung und der des anderen. Findet dieser Dialog nicht oder zu wenig statt, riskiert man Entscheide wie den des Brexit.

.....
VON DIRK MEISEL, LEITER KOMMUNIKATION EVP
dirk.meisel@evppev.ch
.....

MEHR SITZE

7

Im Aargau, in Basel-Stadt und Schaffhausen steigt die EVP im Herbst in den Kampf um mehr Sitze.

MEHR GERECHTIGKEIT

4 - 5



Entwicklungszusammenarbeit als Investition in eine gerechtere Welt – ein Gespräch mit dem DEZA-Direktor Manuel Sager.

MEHR TRANSPARENZ

8

Die EVP unterstützt die Initiative, die mehr Transparenz in der Politikfinanzierung fordert.

EDITORIAL



Mehr Transparenz!

Während ich mich zum Schreiben dieses Editorials hinsetze, verkündet der Nachrichtensprecher im Radio: «Die Konzentration der Vermögen der Schweizer Bevölkerung hat sich weiter verschärft und ist bereits wieder auf dem Niveau vor der Finanzkrise. Die 2.1 Prozent Reichsten besitzen in der Schweiz gleich viel wie die restlichen

97.9 Prozent. Da in der Schweiz auch höchste Vermögen steuerfrei weiter vererbt werden können, nimmt die Konzentration ständig zu. Die Schweiz hat die höchste Vermögenskonzentration aller OECD-Länder und ist damit international auf einem traurigen Spitzenplatz».

Einen einsamen «Spitzen»-Rang nimmt unser Land auch bei der Regelung der Finanzierung von Parteien und anderen wichtigen politischen Akteuren ein. Als einziges Land in Europa ist ausgerechnet die Schweiz bisher nicht in der Lage, seinen Bürgerinnen und Bürgern darzulegen, wer finanziell hinter einer Kampagne steckt oder wer den Wahlkampf um ein wichtiges politisches Amt mitfinanziert. Das müssen wir unbedingt ändern.

Deshalb unterstütze ich als Mitglied des Initiativkomitees die sogenannte „Transparenzinitiative“. Sie verlangt, dass künftig die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien gegenüber der Bundeskanzlei jährlich Bilanz und Erfolgsrechnung sowie Betrag und Herkunft sämtlicher Zuwendungen von mehr als 10'000 Franken pro Jahr und pro Person offenlegen. Bürgerinnen und Bürger dürfen und sollen wissen, wer mitfinanziert. Zum Beispiel bei Kampagnen, weil dadurch transparent wird, wer alles Interesse am Erfolg eines Anliegens hat. Ebenso ist Transparenz wichtig bei den Wahlkämpfen von Politikerinnen und Politikern. Ich lade Sie herzlich dazu ein, dieses Volksbegehren zu unterschreiben und bitte Sie, weitere Unterschriften zu sammeln. Unterschriftenbögen können Sie downloaden unter www.evppev.ch/transparenz.

Vielen Dank!

Herzlich Ihre

Marianne Streiff
Präsidentin der EVP Schweiz

EVP AUF SOCIAL MEDIA

www.facebook.com/evppev

[@evppev](https://twitter.com/evppev)

PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 24. Juni 2016 in Wil SG für die Volksabstimmung vom 25. September 2016.

**JA ZUR VOLKSINITIATIVE
«FÜR EINE NACHHALTIGE
UND RESSOURCEN-
EFFIZIENTE WIRTSCHAFT
(GRÜNE WIRTSCHAFT)»** **JA**

**JA ZUM BUNDESGESETZ
ÜBER DEN NACHRICHTEN-
DIENST (NACHRICHTEN-
DIENSTGESETZ, NDG)** **JA**

**NEIN ZUR VOLKSINITIATIVE
«AHVPLUS: FÜR EINE
STARKE AHV»** **NEIN**

O-TON

Tweet von Andrea Heger-Weber

«Claudia Schürch,Präs. @jevpe_ch arg. an DV @evppev pro #GrüneWirtschaft: Wieviel es braucht? 1 Erde,mehr haben wir nicht. Das wäre nicht ehrlich.»

@anhewe in einem Tweet vom 26. Juni 2016

Anzeige

Studium Upgrade

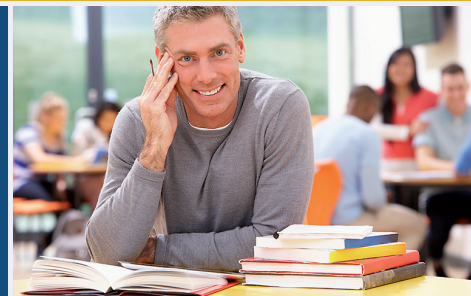
Bachelor- und Master in Theologie BTh/MTh



MARTIN BUCER SEMINAR

Neubrunnenstrasse 21
8302 Kloten

032 513 75 35
info@bucer.ch
www.bucer.ch



Weiterbildung für Pastoren, Theologen, Älteste ...

KOMMENTAR



Nach einem intensiven Start in die vielfältigen Arbeiten als Generalsekretär habe ich mir einen ersten Überblick verschafft und fühle mich wohl. Es ist Privileg und Herausforderung zugleich, in diesem Umfeld mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen. Gerade aktuelle Herausforderungen wie die Flüchtlingsthematik oder der Terrorismus zeigen die Notwendigkeit auf, für Frieden, Nächstenliebe und Solidarität einzustehen. Es braucht dringend Menschen, die sich für diese christlichen Werte engagieren und nach den Grundsätzen des Evangeliums Lösungen suchen. Die EVP soll hier als politische Kraft auftreten und mitwirken. Was verbindet uns? Wofür stehen wir ein? Welches sind die richtigen Massnahmen und Mittel? Ich möchte helfen, den Blick auf das Relevante zu schärfen, die Identität und den Nutzen für unsere Anspruchsgruppen zu erhöhen und dafür die Arbeiten des Generalsekretariats strategisch fokussiert ausrichten. Als kleine Partei können wir nicht alles bewegen, aber dort, wo es uns wirklich wichtig ist, sollten wir uns Gehör verschaffen – fokussiert, überzeugt, mit Freude und Zuversicht, jeder mit seinen Gaben und Fähigkeiten!

Herzlich

DOMINIK WÄHR
GENERALSEKRETÄR EVP CH
dominik.waehry@evppev.ch

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

AHV-PLUS IST NICHT ENKELTAUGLICH, NDG WILL MEHR SICHERHEIT

EVP-Nationalrätin Maja Ingold votierte an der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz Ende Juni 2016 klar gegen die Volksinitiative «AHVplus»: «200 Franken mehr im Portemonnaie, das löst bei den wenigsten das Problem», so Ingold. Die bisherigen Zusatzleistungen zur AHV seien hingegen genau dafür gedacht, bedarfsgerecht individuelle Lücken zu schliessen. Damit sei auch das Kernanliegen der Initiative erfüllt, die Existenz angemessen zu decken.

«Mit der Volksinitiative werfen wir den grössten Teil der bis zu 5 Milliarden jährlichen Mehrkosten denen nach, die es überhaupt nicht brauchen», kritisierte Ingold das ungeeignete und ungenügende Giesskannenprinzip dieser Initiative. Die Initianten würden zudem kein Wort über die Finanzierung verlieren.

«Diese Volksinitiative schürt den Generationenkonflikt. Sie ist nicht enkeltauglich», machte Ingold deutlich. Denn die Leidtragenden wären vor allem die heutigen Kinder, denen die Babyboomer-Rentner und -Rentnerinnen mit steigender Lebenserwartung noch mehr auflasten würden, während diese dann mit viel weniger Erwerbstätigen die Last tragen müssten. Mit 56 Nein-Stimmen zu 18 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen sprachen sich die Delegierten denn auch gegen die «AHVplus» aus.

NDG: Vernünftige Balance für mehr Sicherheit

Die EVP-Delegierten beschliessen zudem mit 40 Ja- zu 21 Nein-Stimmen bei 15 Enthaltungen die Ja-Parole zum Nachrichtendienstgesetz. Die EVP Schweiz sieht im vorliegenden Gesetz eine vernünftige Balance zwischen Persönlich-



Foto: Anil Zaugg

Maja Ingold: «Die AHVplus schürt den Generationenkonflikt!»

keitsrechten und den neuen Ansprüchen an die Sicherheit gegen den Terrorismus. Sie erachtet jedoch möglichst unabhängige Bewilligungsin-

stanzen für wichtig, um eine ungerechtfertigte Datensammlung zu verhindern.

VON DIRK MEISEL,
LEITER KOMMUNIKATION EVP
dirk.meisel@evppev.ch

Anzeige

Wir investieren in Menschen

... und betreuen jährlich fast 5000 Notleidende.

Sozialwerke Pfarrer Sieber
auffangen – betreuen – weiterhelfen

www.swsieber.ch, PC 80-40115-7

INVESTITION IN EINE GERECHTERE UND SICHERERE WELT

... Kann Entwicklungszusammenarbeit Migration verhindern? Macht es angesichts der Konflikte und Katastrophen in der Welt Sinn, das Budget gerade jetzt zu kürzen? Ein Gespräch mit Manuel Sager, dem Direktor des DEZA über Entwicklungszusammenarbeit im Zeichen von Budgetkürzung und Flüchtlingselend.



.....
Dr. Manuel Sager, 61, war von 2010 bis 2014 Schweizer Botschafter in den USA. Seit November 2014 leitet er die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, DEZA.

Herr Sager, einmal grundsätzlich gefragt: Kann Entwicklungszusammenarbeit (EZA) Migration eindämmen?

Die Beweggründe von Migranten und Asylsuchenden sind vielfältig. Krieg, Naturkatastrophen und Menschenrechtsverletzungen zählen genauso dazu wie Armut und fehlende Perspektive. Hier kann die EZA dazu beitragen, bessere Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven für die betroffene Bevölkerung vor Ort zu schaffen, so dass sich die Menschen nicht mehr gezwungen fühlen zu migrieren. Gerade in Ländern, die von politischer Unsicherheit und schwachen staatlichen Institutionen geprägt sind, kann die EZA helfen, soziale Spannungen und Ungleichheiten abzubauen und somit langfristig zur Prävention von Konflikten beizutragen. Deshalb stellt die DEZA in den nächsten vier

Jahren 4,4 Milliarden Franken gezielt für Projekte in solchen fragilen Ländern bereit.

Wie funktioniert das konkret?

Die DEZA unterstützt zum Beispiel die Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten von jungen Menschen. Wir tun dies vor allem mit Berufsbildungsprogrammen, die auf die Anforderungen des lokalen Arbeitsmarktes ausgerichtet sind. In Albanien zum Beispiel haben wir an 35 Berufsschulen neue Lehrmethoden eingeführt, Lehrpläne für rund 20 Berufe erstellt, Unterrichtsmaterial erarbeitet, Hunderte Lehrkräfte ausgebildet und 4000 Abgänger und Abgängerinnen in den Arbeitsmarkt begleitet. Ähnliche Projekte betreut die DEZA in 27 weiteren Ländern.

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft an den Nationalrat zum Rahmenbudget für die Internationale Entwicklungszusammenarbeit EZA 2017 bis 2020 eine Kürzung der Mittel für die EZA für 2017 bis 2020

auf 0,48 Prozent des BNE vorgeschlagen. Weshalb?

Der Bundesrat hat im letzten Jahr ein Stabilisierungsprogramm beschlossen, um den Bundeshaushalt insgesamt zu entlasten. Dieses betrifft auch die Rahmenkredite zur Internationalen Zusammenarbeit. Wir rechnen angesichts der gegenwärtigen Sparmassnahmen damit, dass sich die Quote

ja auch nicht eben weniger geworden?

Es geht nicht um persönliche Befindlichkeiten. Die Internationale Zusammenarbeit der Schweiz ist ein Verfassungsauftrag. Ebenso wichtig scheint mir aber, dass sie dem immer wieder erklärten Willen der Schweizerinnen und Schweizer entspricht, Menschen irgendwo auf der Welt, denen es so viel

«Die Entwicklungszusammenarbeit ist eine Investition in eine gerechtere und sicherere Welt.»

der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz (APD) in den nächsten Jahren bei 0,48% einpendelt.

Der Nationalrat hat die vorgeschlagenen Kürzungen dann auch in seiner letzten Session beschlossen. Wie geht es Ihnen persönlich mit derartigen Rotstiftaktionen – ein herber Schlag für Sie und Ihre Leute? Die Konflikte und Krisen sind

schlechter geht als uns, nach besten Kräften zu helfen. Das ist einerseits Ausdruck unserer Menschlichkeit und Solidarität und andererseits eine Investition in eine gerechtere und sicherere Welt. Ich glaube daran, dass eine Beziehung besteht zwischen der Höhe dieser Investition und der erzielten Wirkung.

Wie passt die Budgetkürzung des Bundesrates zum



Entwicklungszusammenarbeit konkret: Berufsbildungsprogramme in Albanien ...

IM GESPRÄCH

Versprechen der Schweiz, 0,7 Prozent des Bruttonational-einkommens für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) bereitzustellen, also die Millenniumsziele der UNO umzusetzen?

Wie auch andere OECD-Länder anerkennt die Schweiz weiterhin das UNO-Ziel von 0,7% des Bruttonationaleinkommens für die EZA. Angesichts der aktuellen Haushaltslage des Bundes ist das Erreichen dieses Ziels auf absehbare Zeit aber nicht realistisch. Die vom Parlament vorgegebene 0,5%-Zielmarke wurde hingegen sowohl 2014 und 2015 tatsächlich erreicht.

Welche Konsequenzen haben diese Kürzungen konkret für die Arbeit des DEZA? Wie wirken diese sich konkret auf Ihr Engagement, Ihre Projekte und Aktivitäten aus?

Sie bedeuten für einige DEZA-Programme klare Einschnitte, so zum Beispiel im Westbalkan, im Südkaukasus, aber auch in Zentralasien, Afrika und Lateinamerika.

Die weltweiten Flüchtlingsströme haben Dimensionen erreicht wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Als Laie fragt man sich: Müssten die reichen Industrieländer die Mittel für die Hilfe vor Ort sowie Wiederaufbauhilfe nicht massiv aufstocken, um die Migration einzudämmen? Zumal die Krisen heute lange

dauern und die Flüchtlinge oft jahrelang in den Flüchtlingslagern der Region ausharren müssen?

Die Schweiz hat bereits im letzten Jahr ihre Mittel für humanitäre Hilfe in den Krisen-

tern und ihnen zum Überleben die Abwanderung als einzige Alternative bleiben. Entscheidend ist aber, dass so rasch als möglich politische Lösungen für die Konflikte gefunden werden. Nur so können langfris-

der-Oder». Auf der einen Seite müssen wir tatsächlich unser Möglichstes tun, damit Menschen aus Konfliktzonen in ihren Ländern oder zumindest in der Region bleiben können. Das tun wir, indem wir die Not der



Fotos: zVg

... und Burkina Faso.

gebieten in und um Syrien, im Irak und dem Horn von Afrika

tig Frieden und Stabilität und damit die Voraussetzungen für

«Wir müssen unser Möglichstes tun, damit Menschen aus Konfliktzonen in ihren Ländern oder zumindest in der Region bleiben können.»

um 70 Millionen Franken aufgestockt. Insgesamt beläuft sich der Schweizer Beitrag seit Beginn des Konfliktes auf über 250 Millionen Franken. Ohne die internationale Nothilfe würden sich die Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerung noch weiter verschlech-

den Wiederaufbau geschaffen werden.

Wäre dies mittelfristig nicht auch massiv kostengünstiger statt die Menschen hier in Europa kostenintensiv zu integrieren?

Für mich ist das kein «Entwe-

Flüchtlinge direkt vor Ort lindern und den Ländern, die sie aufnehmen, helfen, die Flüchtlingsströme zu bewältigen. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch unser Möglichstes tun, um für die Menschen, die trotzdem zu uns kommen, eine Zukunftsperspektive zu schaffen – sei es hier in der Schweiz, oder, nach Ende des Konflikts, in ihrer Heimat.

**INTERVIEW: DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP**
dirk.meisel@evppev.ch

Anzeige



Hundert
in Nordkorea

Versorgen Sie ein Kind ein Jahr lang mit Brot, Sojamilch und Liebe für 50 CHF.

AKTION FÜR VERFOLGTE CHRISTEN UND NOTLEIDENDE

AVC

klare worte. starke taten.

AVC Kurzporträt 1min.


AVC | steht verfolgten Christen bei
AVC | hilft Notleidenden
AVC | macht Jesus Christus bekannt

AVC | www.avc-ch.org
Tel. +41 (0)32 356 00 80
facebook.com/avcschweiz
Postkonto 25-11156-1
UBS Biel CHF39 0027 2272 5267 2842 0

VORSTÖSSE



Postulat
von Maja Ingold

Schlüsselperson Imam

Der Bunderat hat ein Postulat von EVP-Nationalrätin Maja Ingold angenommen. Darin fordert sie den Bundesrat auf, Massnahmen für Ausbildungsvorgaben für Imame aufzuzeigen, die vor islamistischer Missionierung schützen und das Integrationspotenzial der Imame im Umgang mit Jugendlichen nutzen. Ingold sieht in den Imamen Schlüsselfiguren und Multiplikatoren für eine friedliche Koexistenz oder aber zur Kultivierung von Parallelgesellschaften bis hin zur Jihad-Mission. Der Bundesrat sieht Handlungsbedarf und will mit den Kantonen einen Bericht erarbeiten.

Motion
von Marianne Streiff

Verräterische Sprache

In einer Motion fordert EVP-Nationalrätin Marianne Streiff den Bundesrat auf, dem Parlament rechtliche Grundlagen vorzulegen, die es ermöglichen, in der nationalen Gesetzgebung den Begriff «Invalid» abzuschaffen. Der Begriff (aus dem Lateinischen in-validus = unwert, ohne Wert sein, schwach) sei diskriminierend und zeuge nicht von einer gleichberechtigten Grundhaltung gegenüber Menschen mit einer Behinderung, die damit auf diese reduziert würden. Er werde von Betroffenen und deren Umfeld seit Jahren als diskriminierend empfunden.

AUS DEM BUNDESHAUS

GOTTHARD, ADOPTIONSRECHT UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Medial konzentrierte sich die Sommersession 2016 anfangs ganz auf die Eröffnung des Gotthardtunnels. Es standen jedoch auch so wichtige Themen an wie die Entwicklungszusammenarbeit, die Unternehmenssteuerreform III oder die Transparenz. Auch die Frage nach der Stiefkindadoption war Thema.

Die Adoption eines Kindes einer leiblichen Mutter oder eines leiblichen Vaters durch einen zweiten nicht leiblichen Elternteil – diese Stiefkindadoption will der Bundesrat für Paare in eingetragener Partnerschaft und für Konkubinatspaare öffnen. Die EVP lehnt die Volladoption von in eingetragener Partnerschaft Lebenden mit Blick auf das Kindeswohl ab, hat sich aber bisher noch nicht explizit zur Stiefkindadoption geäussert. Entsprechend stimmte eine Nationalrätin der EVP dafür, die andere dagegen. Der Nationalrat nahm die Vorlage mit 115 zu 65 an.

EVP – das Zünglein an der Waage

Dem Nationalrat lag eine Botschaft des Bundesrates vor, die Gelder für die Internationale Entwicklungszusammenarbeit (EZA) 2017 bis 2020 auf 0,48 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu kürzen. Einige Parlamentarier beantrag-



Foto: Edouard Rieben

Wieder einmal das Zünglein an der Waage: Die EVP-Nationalrätinnen Marianne Streiff, BE und Maja Ingold, ZH im Bundeshaus

ten sogar noch massivere Kürzungen. Die EVP dagegen hält am UNO-Ziel von 0,7% des BNE fest. Wer das Flüchtlingsproblem nachhaltig lösen will, muss gerade jetzt Mittel für die Not-, Katastrophen- und Aufbauhilfe vor Ort sprechen. Mit einer hauchdünnen Mehrheit von 97 zu 93 Stimmen konnte die EVP als Zünglein an der Waage zumindest die weitergehenden Kürzungsanträge mit verhindern.

Sogar Experten ratlos

Die Reform der Unternehmensbesteuerung ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz

eminant wichtig. Kein Geschäft wechselte zwischen den Räten öfter hin und her. Die aktuelle Debatte warf mehr neue Fragen auf als sie alte beantwortete. Selbst Experten blieben angesichts der Widersprüche ratlos zurück, da niemand die Auswirkungen der Massnahmen wirklich kennt. Die EVP-Nationalrätinnen enthielten sich denn auch der Stimme.

VON MARIANNE STREIFF
marianne.streiff@parl.ch

UND MAJA INGOLD
maja.ingold@parl.ch

WWW.EVPPEV.CH/
SESSIONSBERICHTE

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr

Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch

Redaktion und Grafik: Dirk Meisel (dm)

Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Maja Ingold, Marianne Streiff, Dominik Währy, Manuel Sager, Ellen Tedaldi (Lektorat)

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet

ClimatePartner
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071

TERMINE 2016

12.09. - 30.09. Herbstsession des eidgenössischen Parlaments

24.09. Delegiertenversammlung der EVP Schweiz, Delémont, JU

25.09. Eidgenössische Volksabstimmung

28.10. KMU-Forum, Bilten, GL

PERSONEN

1. Vizepräsidentin



Elisabeth Augstburger ist Ende Juni mit sehr gutem Resultat zur 1. Vizepräsidentin des Landrates Basel-Land gewählt worden.

Angelobt



Gleichen Tags wurde Werner Hotz, 54, aus Allschwil als Landrat im Baselbieter Parlament angelobt. Er tritt die Nachfolge des zurückgetretenen Alain Tüscher an.

Nachgewählt

An der 1. ausserordentlichen DV der EVP Schweiz 2016 am 25. Juni in Wil SG wurden als neue Mitglieder des Zentralvorstands für die verbleibende Amtsdauer 2016 bis 2020 Katrin Cryer, Berg ZH, Tobias Reinmann, Sempach LU und Martin Dietiker, Olten SO gewählt.

Bestürzt und traurig



Die EVP trauert um Martin Steiner, Gemeindepräsident von Grosshöchstetten, der Ende Juli im 50. Lebensjahr einem Herzstillstand erlag. In Gebet und Gedanken sind wir bei Martins Familie.

KANTON AARGAU



EVP AARGAU WILL IHRE SECHS SITZE HALTEN

Gewissen vor Interessen» und «Nachhaltig fair» – mit diesen beiden Slogans steigt die EVP Aargau in die Erneuerungswahlen für den Grossen Rat am 23. Oktober. Das erste Wahlziel haben die Aargauer bereits erreicht: Sie können in jedem Bezirk mit einer Liste antreten. Mit klarer Werteorientierung wollen sie alle 6 bisherigen Sitze halten und den Wähleranteil stei-

gern – stolze Herausforderungen, hatte es in der laufenden Legislaturperiode innerhalb der EVP-Fraktion doch einige Wechsel gegeben. Vorrangiges Ziel bleibt natürlich die Wahlhürde von 3 Prozent im Kanton oder 5 Prozent in einem Bezirk. Familien, Bildung, Umwelt und verantwortungswolle Wirtschaft bilden die Schwerpunkte des Wahlprogramms.



Die Spitzen-Kandidierenden der EVP AG: Therese Dietiker, Aarau, Lilian Studer, Baden, Roland Frauchiger, Brugg, Uriel Seibert, Kulm, Christian Minder, Lenzburg, Urs Plüss, Zofingen

KANTON BERN



ERFOLGREICH IN POLITIK UND WIRTSCHAFT



Marc Jost

resümiert Marc Jost sein zu Ende gegangenes Präsidialjahr im Berner Grossen Rat. Den Feedbacks nach zu urteilen, ist ihm dies gut gelungen.

Vorbildlich enkeltauglich

Ende Juni durften gleich zwei von EVP-Politikern geführte Unternehmen den Berner Unternehmerpreis NEUE ENERGIE

Preis 2016 entgegennehmen. Die Wenger Fenster AG von Markus Wenger, Wimmis, wurde als Muster-KMU hinsichtlich Betrieb, Innovation und sozialer Nachhaltigkeit ausgezeichnet. Als Schweizer Pionier im Bereich der Energiespeicherung wurde die Jenni Energietechnik AG von Josef Jenni, Oberburg, für ihren langjährigen und konsequenten Einsatz in der Technologieentwicklung von Energiespeichersystemen geehrt.



Pioniere der Nachhaltigkeit: Markus Wenger, Josef Jenni

KT. BASEL-STADT



GEGEN DIE ANGST

Lösungen für die Zukunft statt Angstmacherei bietet die EVP Basel-Stadt ihren Wählern bei den Grossratswahlen am 23. Oktober. Die Sektion Riehen tritt mit einer vollen Liste an, um den Sitz der EVP-Grossrätin Annemarie Pfeifer zu verteidigen. In den städtischen Wahlkreisen ist die EVP Listenverbindungen mit der BDP eingegangen. Damit will sie die bei den letzten Wahlen verlorenen Sitze zurückerobern und die politische Mitte stärken.



Politisiert für starke Familien: Annemarie Pfeifer, Riehen

KT. SCHAFFHAUSEN



EIN DRITTEL MEHR

Vor einem echten Wahlmarathon steht die EVP Schaffhausen: Nach den Wahlen für den Kantonsrat am 25. September stehen noch jene für den Grossstadtrat und den Einwohnerrat Beringen Ende November an. Die EVP tritt in 5 Wahlkreisen mit 36 Kandidierenden an – ein Drittel mehr als 2012! Unter dem Wahlmotto «Denken mit Herz, handeln mit Verstand» macht sich die EVP für Kinder, Umwelt und Kultur stark.



Tritt wieder an: Kantons- und Grossstadtrat Rainer Schmidig

Fotos: zvg

NR° 3
September 2016

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



A.Z.B.
3001 Bern



VOLKSINITIATIVE

BÜRGER WOLLEN WISSEN: WER BEZAHLT IN DER POLITIK WEM WIEVIEL?

Die EVP will, dass Parlamentarier, Parteien und Komitees offenlegen müssen, durch wen ihre Arbeit mitfinanziert wird. Deshalb engagiert sie sich im Initiativkomitee der Transparenz-Initiative. Unterstützen Sie uns und sammeln Sie Unterschriften für mehr Transparenz in der Politik!

In die Wahl- und Abstimmungskämpfe bringen sich neben Parteien auch Verbände und Unternehmen ein. Oft unterstützen oder bekämpfen sie eine Vorlage mit viel Geld. Manche Gruppierungen investieren dabei Millionen, um eine Vorlage oder Partei zu unterstützen. Bürgerinnen und Bürger, die sich eine Meinung bilden wollen, müssen wissen, welche grossen Geldgeber wofür bezahlen. Nur so können sie sich über politische Interessen der Geldgeber, finanzielle Verflechtungen und mögliche Abhängigkeiten ein Bild machen. Die Initiative will, dass Parteien

die Herkunft von Spenden über 10'000 Franken offenlegen. Auch Personen oder Komitees, die in einer Kampagne mehr als 100'000 Franken einsetzen, sollen Grossspenden deklarieren. «Um die Arbeit der Parlamentarier und Parlamentarierinnen einschätzen zu können, ist es absolut relevant, dass ich weiss, welche Interessenvertreter wem welche Mittel

Unterschriftenbögen
und weitere Infos unter:
www.evppev.ch/transparenz



zur Verfügung stellen», betont EVP-Parteipräsidentin und Nationalrätin Marianne Streiff. «Denn es ist doch eigentlich logisch, dass Personen und Organisationen, die Geld spenden, die Erwartung hegen, dass später dann auch in ihrem Sinne politisiert wird.»

*JEVP

13 NATIONEN IN BERN

Die *jevp Schweiz konnte Anfang Juli als Gastgeber die International Summer School von ECPYouth (European Christian Political Youth) in Bern willkommen heissen. Rund 50 Jungpolitikerinnen und -politiker aus 13 Nationen wie Spanien, den Niederlanden oder der Ukraine befassten sich intensiv mit dem Thema „Flüchtlings- und Migrationskrise in Europa“. Fazit der jungen Politiker: Äusserst professionell, informativ und sehr praxisnah!



Foto: zVg

Lebenslang lebenswert!



7. Marsch fürs Läbe

Kundgebung • Überkonfessioneller Gottesdienst

Samstag, 17. Sept. 2016, 14.30 Uhr
Bundesplatz Bern, marchfuerslaebe.ch

Mit Pfarrerin Sabine Aschmann, Schlatt TG
Pfarrer Ruedi Nussbaumer, Steinen SZ
alt Nationalrat Dr. Jean-Pierre Graber, SVP BE



MARSCH FÜRS LÄBE
MARGE POUR LA VIE
MARCIA PER LA VITA

Anzeige